

Vorab per E-Mail

Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas,
Telekommunikation, Post und Eisenbahnen
– Beschlusskammer 7 –
Postfach 8001
53105 Bonn

E-Mail: BK7.KAPplus@BNetzA.de

Dr. Jacob von Andreae, B.A., M.A.
Fachanwalt für Verwaltungsrecht

Dreischeibenhaus 1
40211 Düsseldorf
T +49 211 [REDACTED]
F +49 211 54061-111
[REDACTED]@gleisslutz.com
www.gleisslutz.com

Referenz
90021-19_JAr

Datum
21. Februar 2020

BK7-19-037

Nicht-Vertrauliche Fassung – Enthält keine Betriebs- oder Geschäftsgeheimnisse

In dem Verwaltungsverfahren

der **Beschlusskammer 7 der Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen**, Tulpenfeld 4, 53113 Bonn

– Bundesnetzagentur –

und

der **Gazprom export LLC**, Ostrovskogo Sq. 2a letter "A", Sankt Petersburg 191023, Russland,

– Beigeladene –

hat uns die Bundesnetzagentur mit Schreiben vom 10. Februar 2020 den „Tenorentwurf im Verwaltungsverfahren wegen Genehmigung eines Überbuchungs- und Rückkaufsystems der Fernleitungsnetzbetreiber für das Angebot zusätzlicher Kapazitäten im deutschlandweiten Marktgebiet („KAP+“)“ übermittelt (den „**Tenor-Entwurf**“), zu dem wir namens und in Auftrag der Beigeladenen wie folgt Stellung nehmen:

1. Die Beigeladene stimmt mit der Bundesnetzagentur überein, dass es keine Preisobergrenze für den Einsatz marktbasierter Instrumente („**MBIs**“) und des Kapazitätsrückkaufs geben sollte. Die Bundesnetzagentur sollte – unabhängig davon, dass es für die MBIs keine Preisobergrenze

geben soll – darauf achten, dass im Festsetzungsverfahren BK9-19/606 („KOMBI“) sichergestellt wird, dass es nicht zu einer unsachgemäßen Weiterleitung der Kosten auf die Transportkunden kommt.

2. Nach der „Prozessbeschreibung MBI und Kapazitätsrückkauf“ der Fernleitungsnetzbetreiber vom 21. November 2019, kaufen THE oder die jeweiligen Fernleitungsnetzbetreiber die Kapazitätsprodukte auf der Basis einer vom THE erstellten Merit Order Liste zurück. Diese Merit Order Liste sollte transparent und diskriminierungsfrei sein. Es sollte sichergestellt sein, dass die betroffenen Transportkunden zu allen relevanten Details des Rückkaufs im Voraus informiert werden.
3. In dem Konzept für ein Überbuchungs- und Rückkaufsystem vom 1. Oktober 2019 ist zudem vorgesehen, dass neben festen, frei zuordenbaren Kapazitäten („FZK“) auch last- bzw. temperaturabhängige bedingt feste, frei zuordenbaren Kapazitäten („bFZK“) als zusätzliche Kapazitäten möglich sein sollen. Nach Ansicht der Beigeladenen sollten zusätzliche bFZK erst dann angeboten werden, wenn die Fernleitungsnetzbetreiber alles Erforderliche getan haben, um zusätzliche FZK zur Verfügung zu stellen. Bei der Zusammenlegung der beiden deutschen Marktgebiete sollte es das oberste Ziel sein, den Marktteilnehmern wirklich verlässliche Transportangebote zu machen und den Markt nicht mit zusätzlichen Risiken und Unsicherheiten zu belasten. Dieser Maßgabe wird letztlich nur durch das zusätzliche Angebot von FZK hinreichend Rechnung getragen. Die Beigeladene regt an, den Tenor-Entwurf entsprechend anzupassen.
4. Die Beigeladene begrüßt die in dem Tenor-Entwurf unter Nr. 3 festzulegenden Berichts- und Informationspflichten der Fernleitungsnetzbetreiber. Die Beigeladene gibt allerdings zu Bedenken, dass diese Pflichten überwiegend retrospektiv sind und der Bundesnetzagentur ein rechtzeitiges Eingreifen nicht möglich ist, sollten durch MBIs oder Kapazitätsrückkäufe gaswirtschaftlich unsachgemäße Sachverhalte entstehen. Die Beigeladene regt an, dass jedenfalls die in der Stellungnahme der Fernleitungsnetzbetreiber vom 17. Dezember 2019 mit dem Titel „MBI und Kapazitätsrückkauf – Veröffentlichung und Monitoring“ vorgeschlagenen Veröffentlichungspflichten verbindlich festgelegt werden. Das ist bislang nicht der Fall. Zudem sollte es höhere Informationspflichten im Fall von Engpässen geben. Das betrifft insbesondere Fälle, in denen Kapazitätsrückkäufe genutzt werden. In solchen Fällen sollten die Fernleitungsnetzbetreiber verpflichtet sein, die betroffenen Transportkunden über die Rückkäufe und die eingeschränkte Renominierungsphase im Voraus direkt zu informieren. Eine Ankündigung über die Website der Fernleitungsnetzbetreiber oder des THE ist nicht ausreichend.
5. Nach der „Prozessbeschreibung MBI und Kapazitätsrückkauf“ der Fernleitungsnetzbetreiber vom 21. November 2019 kommt es im Fall von Kapazitätsrückkäufen zu einem Verbot von netzschädlichen Veränderungen der Ein-/Ausspeisungen für alle H-Gas Marktteilnehmer. Es sollte sichergestellt sein, dass dieses Verbot keinen nachteiligen Einfluss auf die Bilanzierung

der THE-Bilanzkreise der Transportkunden hat (bspw. durch die Verhängung von Vertragsstrafen). Transportkunden sollten weiterhin die Möglichkeit haben, ihre Entry-/Exitpositionen im THE auszugleichen, um nicht weitere Einschränkungen, Schäden oder Kosten zu erleiden. Zudem sollte beachtet werden, dass Gaskunden sich unterschiedliche Flexibilität in Lieferverträgen vorbehalten; es sollte für die Transportkunden daher auch trotz des Verbotes möglich sein, Renominierungen vorzunehmen, damit Transportkunden weiterhin ihre Verpflichtungen gegenüber den Gaskunden erfüllen können.

Diese Stellungnahme beinhaltet keine Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse.



Dr. Jacob von Andreae